

108759

Trotz Verbots können in Deutschland 50 000 Kurden mobilisiert werden Harter PKK-Kern hat 7500 Aktivisten

Von WOLFGANG POLLACK
Bonn

Rund 300 Menschen haben sich gestern in Bonn an einer Demonstration gegen die syrische Kurdenpolitik beteiligt. Den Kurden würde in Syrien unter anderem das Recht auf Eigentum, Wahlrecht und Studium verwehrt. Die Veranstaltung verlief nach Polizeiangaben ohne Zwischenfälle.

Die in Deutschland verbotene „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) wirbt nach neuesten Erkenntnissen der deutschen Sicherheitsbehörden hier zunehmend junge Landsleute im Alter von 17 bis 19 Jahren an.

Generalbundesanwalt Kay Nehm wies jetzt darauf hin, daß die Jugendlichen gezielt für PKK-Aktionen „angemustert“ und für Straftaten ausgebildet werden. Da die jungen Leute unter das Jugendstrafrecht fallen, hätten sie bei einer Verurteilung nur mit relativ geringen Strafen zu rechnen.

Zur Zeit sitzen 17 PKK-Führungskräfte in Deutschland in U-Haft, gegen die wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verhandelt wird. Es geht vor allem um Schutzgeld-Erpressung und Verfolgung und Ermordung

ehemaliger Mitglieder, die „abtrünnig“ geworden sind. Schwerpunkte der PKK-Aktivitäten sind Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Berlin. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln schätzt den „harten Kern der Aktivisten“ auf 7500 Personen. „Die PKK kann bis zu 50 000 Landsleute aktivieren“, sagte ein Sprecher des Amtes WELT am SONNTAG. Das sind zehn Prozent der rund 500 000 in Deutschland lebenden Kurden.

Der Generalbundesanwalt warnt deshalb vor der zunehmenden Bedrohung durch die PKK, die sich zu einem „Staat im Staate“ entwickelt habe. Insofern sei die Organisation zu einer „Beeinträchtigung des inneren Friedens“ geworden, stellt Nehm fest. Ferner stehen die PKK-Kader im Verdacht, maßgeblich am Drogenhandel beteiligt zu sein. Die Organisation ist straff geführt: Deutschland wurde von der PKK in fünf Regionen aufgeteilt, deren Kader grundsätzlich Decknamen tragen, ständig ihre Aufenthaltsorte wechseln und nur telefonisch Kontakt untereinander halten. Untergliedert

sind die Regionen in weitere 17 Gebiete, denen wiederum „Räume“ zugeordnet wurden.

Diese Struktur wird in der Anklageschrift des Generalbundesanwalts vom 22. Juni gegen den Kurden Mehmet Sirin U., 24, beschrieben. Mehmet Sirin wird vorgeworfen, Verantwortlicher des PKK-Gebietes Mannheim gewesen und für sogenannte „aktionistische Aktivitäten“ verantwortlich zu sein. Mannheim gehört zur „Region Süd“ der PKK, die vor allem Brandanschläge auf türkische Geschäfte durchgeführt haben soll. Das Gebiet Mannheim ist wiederum in die „Räume“ Ludwigshafen, Saarbrücken, Karlsruhe und Heidelberg aufgeteilt. Diese sogenannten Räume werden wiederum von Kadern geführt, die ihrerseits jeden Stadtteil von eigenen Führungskräften kontrollieren lassen.

Für den Generalbundesanwalt handelt es sich deshalb bei der PKK um eine „bis in die kleinste Gliederung durchorganisierte Vereinigung“. Für die „kommunistische Kaderpartei PKK“ sei Deutschland nach der Türkei zum „Frontstaat Nummer zwei“ geworden, betont Nehm.

Handwritten notes:
...
...
...